20 Dozenten (plus drei Verwaltungsmitarbeiter) beschäftigt die Musikschule aktuell – und zahlt dafür 420 000 Euro. FOTO: MUSIKSCHULE/PR

Musikschule erhält 10 000 Euro mehr

Politik einig über Antrag der Gruppe 17 und will mit dem Land sprechen, denn erledigt ist das Thema noch nicht

VON HANS-ULRICH KILIAN

BAD PYRMONT. Die Musikschule Bad Pyrmont soll vom kommenden Jahr an 80 000 Euro von der Stadt und damit 10 000 Euro mehr als bislang vorgesehen bekommen. Darauf hat sich die Politik geeinigt und einen entsprechenden Antrag der Gruppe 17 angenommen. Erledigt ist das Thema damit aber noch lange nicht.

Eigentlich sollte der städtische Zuschuss von aktuell 95 000 Euro ab kommendem Jahr auf 70 000 Euro gesenkt werden. So steht es auf Antrag der Gruppe 17 im vom Rat verabschiedeten Haushaltssicherungskonzept. Als Bedarfszuweisungsgemeinde hat sich die Stadt – ebenfalls per einstimmigem Ratsbeschluss – in einer Zielvereinbarung mit dem Land Niedersachsen verpflichtet, ihre freiwilligen Ausgaben zu deckeln. Für die Musikschule bedeutetet das eine Rückführung des Zuschusses um 15 000 Euro auf Basis dieses Jahres – also auf eben jene 80 000 Euro, die nun zum Tragen kommen sollen.

Dieser Vorschlag der Gruppe 17 kann – vorbehaltlich der ausstehenden Zustimmung der Ratsfraktionen – umgesetzt werden, ohne mit dem Land zu sprechen. Doch dieses Gespräch soll möglichst bald gesucht werden, denn auch 80 000 Euro dürften für den Betrieb der Musikschule nicht ausreichen. „Bei der Deckelung werden – anders als bei den städtischen Einrichtungen Museum und Stadtbibliothek – die Tariferhöhungen für unser Personal nicht berücksichtigt“, machte Musikschulleiter Arndt Jubal Mehring den Mitgliedern des Kulturausschusses deutlich, der sich am Dienstagabend gut eineinhalb Stunden mit diesem Thema befasste. Aktuell beschäftigt die von einem Verein getragene Einrichtung 23 Mitarbeiter, drei davon in der Verwaltung. „Bei Personalkosten in Höhe von 420 000 Euro und Tariferhöhungen von jährlich 3 Prozent kann man sich ausrechnen, was das bedeutet. Dies alleine führt zu den finanziellen Problemen der Musikschule.“

Ursula Körtner nahm sich viel Zeit, um die große Bedeutung der Musikschule für die Stadt Bad Pyrmont – auch in ihrer Funktion als Mittelzentrum – deutlich zu machen. „Wir müssen sie so erhalten wie sie ist und für finanzielle Sicherheit sorgen“, betonte sie und schlug vor, mit dem Land Kontakt aufzunehmen, um über die in der Zielvereinbarung festgelegten Verpflichtungen hinsichtlich der Musikschule zu sprechen. „Die Vereinbarung ist ein hohes Gut, aber sie ist nicht in Stein gemeißelt und lässt wohlbegründete Ausnahmen zu“, so Körtner, die den Antrag der CDU, in dem es auch um Einsparungen beim Museum und der Stadtbibliothek ging, zurückzog.

> **„Ich fahre nicht mit nach Hannover.“**
>
> **Eberhard Weber**
> **Stadtkämmerer zu geplanten Verhandlungen mit dem Land**

Für die Gruppe 17 nannte Jens Falke (Wir für Pyrmont) das Gespräch mit Vertretern des Innenministerums einen denkbaren Weg, um den (finanziellen) „Knebel ein wenig zu lockern“. Er betonte aber auch, dass die Politik zu allen kulturellen Einrichtungen in Bad Pyrmont stehen müsse.

Während also parteiübergreifend so einem Gespräch – vermittelt von den heimischen Landtagsabgeordneten und Petra Joumaah (CDU) und besonders von dem einflussreichen Ulrich Watermann – zugestimmt wurde, überraschte Kämmerer Eberhard Weber die Runde mit der Ankündigung: „Ich fahre nicht mit.“ Wolle Bad Pyrmont mehr Geld für die Musikschule ausgeben, werde das Land eine Kompensation verlangen, betonte der Erste Stadtrat und erinnerte daran, dass die Stadt die Zielvereinbarung freiwillig abgeschlossen habe.

Die Zielvereinbarung soll garantieren, dass die Stadt ihre Finanzsituation nachhaltig verbessert. „Wir reden hier über 2,8 Millionen Euro, die sollten wir nicht aufs Spiel setzen“, warnte Weber unter Bezug auf alle Zuweisungen und Förderungen zusammen, die Bad Pyrmont bislang als Bedarfszuweisungskommune vom Land und anderen Stellen erhalten hat beziehungsweise noch bekommt. Weber hatte die Vereinbarung entscheidend mitverhandelt. Es ist spannend, ob die Delegation in Bezug auf die Musikschule nun ein anderes Ergebnis erreicht als er. Ein Grund für seine Weigerung, mit nach Hannover zu fahren?

Doch auch ohne Weber wollen sich die Politiker auf den Weg machen. Auch Bürgermeister Blome soll mitfahren. Was der von diesem Vorstoß hält, ist offen. Das Stadtoberhaupt war – obwohl auch Mitglied des Vorstands des Musikschule – nicht zu der Sitzung erschienen und ließ sich auch von Weber nicht entschuldigen. Welche Bedeutung die Beratung der Politik für die Einrichtung hat, machten dagegen die andern Vorstandsmitglieder deutlich. Bis auf eine Beisitzerin war das Führungsgremium vollständig versammelt. „Wir freuen uns darüber, dass es ein parteiübergreifendes Ergebnis gibt und dass eine Delegation mit dem Innenministerium verhandeln will“, kommentierte Mehring den Beschluss.